



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039 890

S o n d e r - A u s g a b e  
= = = = =

Wir übersenden Ihnen heute anstelle des üblichen  
Dienstes das angekündigte Sondermaterial zum  
17. Juni.

= = = = =

Der Aufstand für Freiheit und Menschenwürde

Von Erich Ollenhauer

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Es ist wahrscheinlich unmöglich, der vollen menschlichen und politischen Bedeutung des 17. Juni 1953 in wenigen Worten gerecht zu werden. Diejenigen, die damals, von Not und Sehnsucht nach einem menschenwürdigen Leben getrieben, die Fahnen der Freiheit entfalteten, waren ganz Wille, Opferbereitschaft und Tat. Die Würdigung dieser Haltung durch das bloße Wort muss immer unzureichend bleiben. Das kann nicht hindern, am Tage der Erinnerung an jenes grosse Ereignis dankbar, dieser Kämpfer für Freiheit und Menschenwürde zu gedenken, die furchtlos gegen ein gehasstes und verachtetes Regime der Gewalt und Willkür aufstanden.

Für die politischen Menschen in ganz Deutschland und in der freien Welt war der Arbeiteraufstand in Ost-Berlin und in der Sowjetzone ein weithin leuchtendes Fanal der Freiheit im Dunkel einer lähmenden Knechtschaft. Heute, ein Jahr danach, hebt sich der Sinn dieser revolutionären Tat vielleicht noch klarer vom weltpolitischen Hintergrund ab als das damals in der sich überstürzenden Ereignisfülle und bei dem fehlenden Abstand möglich war.

Was geschah am 17. Juni 1953? In Ost-Berlin und in der sowjetisch besetzten Zone erhoben sich Hunderttausende von ar-

12. Juni 1954

beitenden Menschen wie mit einem Schlage, gingen auf die Strassen, stürmten Verwaltungsgebäude, die als Zwingburgen empfunden wurden, riefen nach Freiheit und deutscher Einheit, verlangten die Abberufung der sie seit acht Jahren schikanierenden und terrorisierenden Regierungsclique, forderten schliesslich ein menschenwürdiges Leben. Das verlangte aussergewöhnlichen Mut, denn alles vollzog sich in einer Diktatur, und Diktaturen pflegen solche, schnell um sich greifende Brände rücksichtslos auszutreten, wenn sie dazu in der Lage sind. Für die führenden Männer des Pankower Regimes traf das zwar nicht zu. Ihr eigenes Machtinstrument, die Volkspolizei, erwies sich als unzuverlässig in ihrem Sinne. So riefen sie die sowjetischen Panzer zu Hilfe, die widerwillig und mit halber Kraft den eigenen, im Grunde verachteten Platzhalter stützten.

Die Ursachen des Aufstandes waren verschiedener Art. Nur wenige Tatsachen seien hier noch einmal in die Erinnerung gerufen: die Herrschaftsmethoden der Sowjetzone waren immer unerträglicher geworden, seitdem vom Sommer 1952 an ein straffer Bolschewisierungskurs durchgeführt worden war, unter der trügerischen Parole "Aufbau des Sozialismus". Anfang 1953 war die Versorgung mit Lebensmitteln und den dringendsten Gegenständen des täglichen Bedarfes weitgehend zusammengebrochen. Andererseits hatten die Machthaber aber Anfang Juni 1953 Massnahmen angekündigt, die eine gewisse Mässigung des Kurses in Aussicht stellten. Hier liessen also Massnahmen, die ganz offenbar auf sowjetische Einwirkung hin vorbereitet wurden, eine Schwäche des sowjetzonalen Regimes sichtbar werden und in diese offenkundig gewordene schwache Stelle hinein stiessen nach altem revolutionärem Gesetz der Zorn und der Freiheitswille der Misshandelten.

Der 17. Juni hat aller Welt unwiderleglich gezeigt, dass die achtzehn Millionen Bewohner der sowjetischen Besatzungszone bis auf eine geringe Gruppe von Nutzniessern des Regimes innerlich diesseits des Eisernen Vorhangs stehen, wenn sie auch mehr als einen blossen "Anschluss" ihrer Zone an die Bundesrepublik wünschen, nämlich einen neu zu begründenden Staat aus beiden Teilen des heute geteilten Deutschlands. Das so lange vorhandene, immer wache Misstrauen grosser Teile des Auslandes gegen die deutsche Demokratie ist durch diesen Opfergang der mitteldeutschen und Berliner Arbeiter abgebaut und weitgehend geschwunden. Niemals vorher war so klar geworden, wie unüberbrückbar

12. Juni 1945

die Kluft zwischen Regierung und Bevölkerung in der Sowjetzone geworden ist. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die andere, häufige Auslandmeinung von der Gefährlichkeit einer Entwicklung schlagend widerlegt, die von einer Anfälligkeit des deutschen Volkes für kommunistische Parolen bestimmt sein könnte. Denn am 17. Juni wurden nicht allein die Pieck, Grotewohl und Ulbricht auf drastische Weise abgelehnt, sondern das kommunistische Prinzip schlechthin verworfen.

Für die geschichtliche Bewertung des Ereignisses ist es nicht entscheidend, wenn, für die Betroffenen selbst auch noch so bitter und schwer zu ertragen, die gesteckten Ziele nicht erreicht wurden. Aber etwas anderes gelang: der Nachweis, dass in der Sowjetzonenbevölkerung und in allererster Linie ihrer Arbeiterschaft, ein Freiheitswille lebt, der sich nicht abtöten lässt und dass die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit wirklich das dringendste Anliegen aller Deutschen ist, insbesondere aber, soweit sie in der Sowjetzone leben.

Die Voränge am 17. Juni in Berlin und in der ganzen Sowjetzone stellen in besonderem Masse natürlich für die im anderen Teil Deutschlands Lebenden, aber auch für die ganze westliche Welt, eine Verpflichtung dar, in dem Bemühen um die Wiedervereinigung Deutschlands nicht nachzulassen. Leider ist man sich dessen nicht überall mit der notwendigen Klarheit bewusst. Oft auch sucht man sich dieser Verpflichtung, wenn man sie schon begreift, zu entziehen. Es ist durchaus nicht alles für die getan worden, die in irgendeiner Form Opfer des 17. Juni wurden, entweder dadurch, dass sie ihre Stellung verloren, weil sie nach West-Berlin oder Westdeutschland ausweichen mussten. Und man hat sich auch nicht immer genügend für die Freilassung der nach dem 17. Juni und im Zusammenhang mit ihm Eingekerkerten eingesetzt. Auch nicht in der internationalen Öffentlichkeit, die sich seinerzeit beim Aufstand selbst so begeistert und überschwänglich zeigte.

Es kommt darauf an, aus dem Ereignis für das eigene Verhalten Schlussfolgerungen zu ziehen und sich nicht mit der Lobpreisung des Mutes derer zu begnügen, die ihn zu einem grossen Tag der deutschen Geschichte machten - nicht im Sinne früherer "grosser" Tage zum Ruhme eines Feldherrn oder einer schal gewordenen historischen Erinnerung, sondern eines Tages, dem der Wille und der Mut vor ungezählten, tausenden einfachen arbeitenden Menschen seinen besonderen Glanz und sein geschichtliches Format gaben. Die Folgerungen, die daraus zu

12. Juni 1954

ziehen sind, müssen in der ständigen Selbstermahnung und auch in dem immer wiederholten Appell an andere bestehen, nicht in dem Nachdenken darüber zu erlahmen, wie in Einzelfall und aufs Ganze gesehen Brücken geschlagen, Verbindungen aufrechterhalten und geknüpft, materielle Hilfe und ernstgemeinter geistiger Zuspruch gegeben werden können. Gerade im letzten Falle wird viel Takt und Einfühlungsvermögen in die besondere Situation der Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs notwendig sein. Gleichgültigkeit gegenüber ihrem Schicksal und Gewöhnung an den widernatürlichen Zustand der Spaltung Deutschlands dürfen unser niemals Herr werden.

+ + +

Vor einem Jahr:

### Die Sowjetzone stand auf!

„In dem Jahr, das nach jenen bereits Geschichte gewordenen Tagen des 16. und 17. Juni 1953 verfließen ist, hat die SED-Propaganda mit mehr oder weniger Erfolg versucht, die Ereignisse in der Sowjetzone fast völlig zu bagatellisieren oder totzuschweigen. Das ist eine völlig kommentierte Verfälschung des Tatbestandes. Ohne Übertreibung kann man sogar feststellen, daß nicht eigentlich Berlin der Schwerpunkt der Erhebung war, sondern die Zone, wobei der Berliner Arbeiterschaft das große Verdienst bleibt, das Signal gegeben zu haben.“

Nach der im Jahre 1952 durchgeführten sogenannten Verwaltungsreform ist die Sowjetzone in 194 Land- und Stadtkreise aufgeteilt. Von Demonstrationen, Streiks und Zusammenstößen frei waren an 17. Juni jedoch nur ganze 38 meist ländliche Kreise. In den übrigen 156 Kreisen mußte das Oberkommando der Sowjetarmee Truppen einsetzen, den Ausnahmezustand verhängen oder zumindest starke Verbände einrücken lassen, um durch Machtdemonstrationen die Bevölkerung einzuschüchtern. Das ist eine Tatsache, die bisher in den Betrachtungen des 17. Juni viel zu wenig gewürdigt worden ist.

### Sturm auf die SED-Häuser ...

Besonders die alten Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung, jene Städte, in denen die Sozialdemokratie immer mächtig und ihre Ideen vorherrschend waren, bildeten Mittelpunkte der Aufstandsbewegung, von denen aus starke Impulse hinausgingen aufs breite Land. Einige Beispiele dafür:

In Magdeburg weigerten sich die Arbeiter bereits am Morgen des 17. Juni geschlossen, die Arbeit aufzunehmen oder auch nur ihre Arbeitsplätze zu betreten. Transparente, die von Unbekannten angebracht worden waren, forderten „Solidarität für Berlin“, „Sturz der SED-Regierung“, „Freie Wahlen“ und „Freiheit für die politischen Häftlinge“. Die Demonstrationssäge, die sich gegen 6.30 Uhr bildeten und

12. Juni 1954

laufend an Umfang zunehmen, begannen damit, diese Forderungen zu verwirklichen. Alle öffentlichen Gebäude waren binnen kurzen von SED-Propaganda gesäubert, die Bezirksleitungen der SED, FDJ und anderer Massenorganisationen konnten erstürmt werden. Ebenso gelang es, im Sudenburger Zuchthaus, im Präsidium der Volkspolizei und einigen anderen kleineren Haftanstalten zahlreiche politische Häftlinge zu befreien. Als Parole war seit den frühen Morgenstunden der Ruf zu hören: "Wir verlangen Zulassung der Sozialdemokratischen Partei".

Ganz ähnlich verliefen die Demonstrationen in Leipzig, wo es ebenfalls gelang, für Stunden die SED-Schergen zu vertreiben. Leipziger Arbeiter ergriffen den kommunistischen Oberbürgermeister der Stadt und zwangen ihn, mit den Farben der deutschen Demokratie, Schwarz-Rot-Gold, den Demonstrationzug voranzuschreiten.

### ...und auf die Gefängnisse

In Brandenburg an der Havel richtete sich die Empörung besonders gegen die SED-Terrorjustiz. Das Gerichtsgebäude, das Haus der Staatsanwaltschaft, sowie das Gefängnis konnten nach zum Teil blütigen Kämpfen erstürmt werden. Einige SED-Staatsanwälte, die als besondere Terroristen und Rechtsbrecher bekannt waren, büßten ihre Verbrechen mit dem Tode. Die Forderung nach der Zulassung der SPD, in der die Werktätigen der Sowjetzone die einzige Vertreterin der deutschen Arbeiterschaft erblicken, ist auch hier wie in den meisten anderen Städten der Zone offen erhoben worden.

Wie spätere Eingeständnisse der SED zugaben, war in Dessau das Eintreten der Arbeiter für die Sozialdemokratie so stark, daß man ihre Forderungen bis ins Frühjahr 1954 trotz Drehungen und Verhaftungen nicht mehr zum Schweigen bringen konnte. Wie die Kommunisten in einer Resolution der dortigen Kreisleitung einräumen mußten, haben ehemalige Sozialdemokraten, die man zu Zwangsgliedern der SED gemacht hatte, bis zu einem Gewalteinsetz des SED in diesen Frühjahr selbst innerhalb der SED diese Forderung immer wiederholt und verteidigt.

### "Sie sollen nur schießen..."

In der Sodafabrik in Bernburg lag das Zentrum der Demonstrationen in der Schlosserei, wo die Mittagsschicht am 17. Juni den Beschluß zur Demonstration gegen die SED faßte. Eine Gruppe der Belegschaft stellte spontan die Spruchbänder her, die folgende Losungen trugen:

"Wir fordern die Zulassung der SPD!"

"Wir fordern eine 40 %ige Freissenkung der HO!"

"Wir fordern die Entfernung der Spitzel aus dem Betrieb!"

"Wir fordern die Freilassung der politischen Häftlinge!"

Zu Aktionen der Arbeiterschaft aber kam es erst am 18. Juni, als sich zwischen 9 und 10 Uhr auf dem Werkhof der Sodafabrik ca. 900 Belegschaftsmitglieder versammelten, die hier mit Angehörigen der Bau-Union Bernburg und verschiedener anderer Betriebe über die Arbeitsniederlegung diskutierten.

Um 12 Uhr mittags erschien ein starkes Kommando sowjetischer

12. Juni 1954

Truppen, die unter der Drohung, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, den Befehl gaben, den Platz zu räumen. Ein Arbeiter sprang vor, riß sich das Herz von der Brust und rief, sie sollten nur schießen. Er wurde verhaftet und abgeführt. Die sowjetischen Offiziere, die den Einsatz leitete, lösten damit aber das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung aus. Die Verhaftung führte zu erregten Protesten der Arbeiterschaft, so daß der Arbeiter nach kurzer Zeit wieder freigelassen werden mußte.

Die Belegschaft stellte 16 Punkte auf, die der Betriebsleitung und dem sowjetischen Kommando unterbreitet wurden. Nachdem die Delegation der Belegschaft, die diese Forderungen zu überbringen hatte, an die Betriebsparteiorganisation und die Betriebsgewerkschaftsleitung verwiesen worden war, räumten die Arbeiter den Platz. Trotzdem wurde die Arbeit erst am nächsten Tag aufgenommen. Dabei stellte sich heraus, daß durch die Stilllegung der Drahtseilbahn größerer Schaden entstanden war, und die Arbeit nur steckend in Fluß kommen konnte. Bereits in der Nacht waren die ersten Verhaftungen durchgeführt worden.

#### "Wir wollen freie Wahlen"

Die etwa 4000 Arbeiter der Munitionsanstalt Schönebeck, die sowohl für die Sowjets als auch für die Volkspolizei arbeiten, gaben in den Nachmittagsstunden das Signal zur Erhebung in Schönebeck. Schnell wurden provisorische Transparente hergestellt, die die Forderungen der Arbeiter trugen:

"Wir wollen keine Munition produzieren!"

"Nieder mit dem Krieg - wir wollen Frieden!"

"Wir wollen freie Wahlen und die Einheit unseres Vaterlandes!"

Volkspolizisten, die sich den empörten Arbeitern entgegenstellten, wurden niedergeschlagen. Im Laufe des Nachmittags trafen sowjetische Truppen mit Panzern ein und versuchten gemeinsam mit KVP-Einheiten, die Demonstrationzüge auseinanderzutreiben. Zunächst schlugen sie mit Zelben auf die Arbeiter ein und eröffneten schließlich, als sich immer wieder neue Demonstrationzüge bildeten, das Feuer. Kurze Zeit später wurde der Ausnahmezustand verhängt und bald danach wurden die ersten Verhaftungen durchgeführt. Trotz dieser Maßnahmen setzten die Arbeiter der Munitionsanstalt am nächsten Tag den Streik fort.

+ + +

#### Fortschreitende Schwäche des Regimes

Die hoffnungslose Isolierung des kleinen Häufleins von Anhängern des Ulbricht-Systems, die sich in den Tagen des Juni-Aufstandes so klar und deutlich zeigte, konnte auch in der Folgezeit bis zum heutigen Tage nicht durchbrechen werden. Am 17. Juni wurden diese Kommunisten von Sowjetpanzern in letzter Sekunde gerettet, heute spielen sie unter diesem Schutz noch Regierung. Ihre Aktionen in den Monaten, die dem Juni-Aufstand folgten, zeigten eine bleibende Schwäche. Zusammen-

12. Juni 1954

gebrochen sind ihre Versuche, die am 17. Juni auseinandergelaufenen Massenorganisationen wieder lebensfähig zu machen. (Im Durchschnitt zahlen heute noch höchstens 35 Prozent der Mitglieder Beiträge, an Versammlungen beteiligen sich noch weniger). Es scheiterten die zur Verstärkung des "Terraps nach innen" ausgesetzten Werbekampagnen für die Kasernierte Volkspolizei, die sich während des Juni-Aufstandes als Unsicherheitsfaktor erwiesen hatte und deshalb durch eine umfassende Säuberung erheblich zur Ader gelassen worden ist.

Alles in allem: Der 17. Juni, der schwärzeste Tag der sowjetdeutschen Staatspartei, wirkt nach wie vor fort im passiven Widerstand der 18 Millionen in der Zone, der seit jenen Tagen an Breite gewonnen hat. Mit diesem passiven Widerstand zeigt die Zonenbevölkerung, daß sie mehr denn je entschlossen ist, den Gedanken der deutschen Einheit in Freiheit hochzuhalten, für ihn zu kämpfen und Opfer zu bringen.

Die Sozialdemokratie, deren lebendiges Ideengut in Juni-Aufstand ebenso wirksam war wie im permanenten Widerstand der Zonenbevölkerung der Gegenwart, erfüllt das Vermächtnis der Juni-Kämpfer, der Lebenden und der Toten, wenn sie mit all ihrer Kraft gegen jede Politik auftritt, die die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit gefährdet oder als Sache zweiten Ranges betrachtet. Der Juni-Aufstand der Sowjetzone ist eine Verpflichtung geblieben, der sich niemand entziehen darf.

+ + +

#### Ein Dorf namens Z e d e l

Die Demonstranten zogen vor die Gastwirtschaft Kindler. Das Dorf hat 1200 Einwohner. Es war alles auf den Beinen, bis auf die Kinder und die alten Leute. Und auch von denen waren viele dabei. Das Dorf hatte so etwas nie erlebt.

Plötzlich kam der Bürgermeister. Er war beim Ankleben der Zettel gewesen, auf denen der Ausnahmezustand verkündet wurde.

Der Bürgermeister mußte mitmachen. Er wollte natürlich nicht, aber er wurde gezwungen. Er mußte an der Spitze marschieren. Die Begeisterung in Zage war groß. Überall war Jubel. Alle dachten, in Berlin sei die Regierung Grotewohl gestürzt worden.

Da sahen wir, wie plötzlich zwei andere Kommunisten auftauchten und schnell in der Verkaufsstelle des Konsun verschwanden. Es waren der Leiter der Schule, ein junger Mensch namens Laübsch, und der Tischler Gerhard Bein. Wir holten sie heraus und sie mußten mitmarschieren, natürlich an der Spitze, vorn beim Bürgermeister.

So zogen wir weiter durchs Dorf. Wo es Plakate und Transparente gab, da wurden sie heruntergerissen. Diejenigen, die sich dabei besonders hervortaten, waren die Jungen von der FDJ in ihren blauen Henden. Das ganze Dorf war sich einig.

12. Juni 1954

So zogen wir zur Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaft. Einige gingen hinein. Auf einmal flogen die Bilder aus den Fenstern, - Stalin, Pieck und Grotewohl. Der Leiter der LPG, Richter, hat seine Privatwohnung hinter dem Büro. Das wurde nicht angerührt. Aber Richter mußte runterkommen und mitmarschieren. Die vier Kommunisten an der Spitze kriegten jeder eine rote Fahne um den Hals, das waren vier Meter lange Fahnen. Und so marschierten wir alle zum Gasthof Kindler zurück.

Dann wurde ein Tisch hingestellt und es wurde gerufen: "Der Bürgermeister soll sprechen!"

Schließlich sprach er. Er sagte: "Alle Demonstranten, die hier mitmachen, haben sich strafbar gemacht. Über Zodel ist der Ausnahmezustand verhängt..."

Weiter konnte er nicht sprechen, da haben sie ihn vom Tisch gestoßen.

Er lag unten und rührte sich nicht. Wir dachten, es sei ihm etwas geschehr. Später stand er auf und ging weg. Er hatte bloß den Bewußtlosen markiert.

Dann ging es in den Saal und es wurde eine Versammlung abgehalten. Wir wählten einen neuen Bürgermeister, einen neuen Leiter für die Schule und einen neuen Leiter für die LPG. Die Versammlung dauerte bis neun Uhr.

Anderthalb Stunden später war die Polizei da. Es waren die Kasernierten. Sie kamen in ganzen Haufen. Sie schossen ins Dorf hinein, es war eine tolle Knallerei. Und dann fingen sie mit den Verhaftungen an. Am selben Abend wurden über zwanzig Einwohner aus dem Dorf herausgeholt und später nach Dresden gebracht ...

+ + +

Was da geschildert wird, trug sich in einem Dorf namens Zodel zu. Es ist ein schlichter Beitrag zu dem Ereignis, das die Bundesrepublik durch einen offiziellen Feiertag begibt.

Was es in den Städten gab, das gab es in Zodel und in vielen anderen Dörfern der Zone. Es war alles da: Der Unzug und die grenzenlose Begeisterung, die heruntergerissenen Transparente und die demonlierten Antastuben, die improvisierten Reden und die glühende Hoffnung. Es gab sogar den Mann, der vom Tisch gestoßen wurde als er für das Regime sprechen wollte.

Wer hat, als am 17. Juni 1953 die Welt den Aten anhielt, nach Zodel im Kreis Görlitz gesehen? Es waren die Städte, die damals genannt wurden, - Berlin, Magdeburg, Halle, Dresden, Jena und ein Dutzend andere. Eine Nachricht jagte die andere. Von Zodel im Kreis Görlitz und von anderen Dörfern in der Zone war nicht die Rede.

Das kam später. Heute liegen hunderte von Berichten vor, aus denen hervorgeht, daß auch die ländliche Bevölkerung, daß auch die Bauern mitmachten. Und wir wissen es aus der Geschichte: Es muß sehr weit gekommen sein, wenn das Land aufsteht.

+ + +



12. Juni 1954

Im Zuchthaus Bautzen

Der Verfasser dieses Erlebnisberichtes war von den Sowjets zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt und verbrachte viele Jahre im Zuchthaus Bautzen.

Der Tag fing an wie jeder andere und schien eintönig und trostlos zu vergehen wie die Tage, Monate und Jahre vorher. Jenseits der Gitter, Stacheldrahtzäune, Mauern und Starkkästen war unerreichbar die sonnenbeschienene Freiheit. Wie jeden Tag: Wecken um 5 Uhr, Zählung in militärisch strammer Haltung, Kübeln und Verteilung der dünnen Wassersuppe.

Doch bald sollten wir merken, irgendetwas liegt in der Luft. Nur die unbedingt notwendigen Arbeitskommandos durften heraustreten. Die Wachen wurden verstärkt und liefen wieder einmal mit Gummiknüppeln herum. Die Starkkästen wurden doppelt besetzt. Es war ein Zustand, wie wir ihn bei besonderen Anlässen schon öfter erlebt hatten, am Tage der Polizei, am 9. November, bei Regierungsproklamationen; wohl immer dann, wenn man sich des Verhaltens der Bevölkerung und der politischen Häftlinge nicht sicher fühlte. Man nannte das Friedenswacht.

Und schon am Vormittag sickerten die ersten Parolen durch: In Berlin streiken die Bauarbeiter der Stalinallee, die Bevölkerung hat sich solidarisch erklärt, die Regierung ist fortgejagt, Streikbewegungen auch in anderen Städten, in Magdeburg, Halle, Leipzig, Dresden. Die Parolen stamten wie immer von Wachtmeistern, die aus Sympathie für die Häftlinge oder auch aus Dummheit ihren Mund nicht hielten.

Eine ungeheure Spannung lag auf der ganzen Anstalt. Was würde werden? Sollte wirklich der Spuk einer sowjethörigen Scheinregierung fortgefegt werden? Wie sollten wir uns verhalten? Die Bautzener hatten ja ihre Erfahrungen. Die Hungerrevolten vom 13. und 31. März 1950 waren in wacher Erinnerung. Damals hatten unmenschlichen Zustände, der übergrosse Hunger, das Wissen um eine aussichtslose Zukunft die menschliche Kreatur zum Aufbäumen gebracht. Szenen von einmaliger Dramatik hatten sich abgespielt, als Sprechchöre von tausenden ausgemergelten Gestalten ihre Not in die Welt hinaus schrien. Nur brutale Gewalt mit Massenmisshandlungen und Spiessrutenlaufen hat die Revolten unterdrücken können.

"... legen wir Euch alle um"

Der Vp durfte kein Anlass für Wiederholung derartiger Quälereien gegeben werden. War doch immer wieder gesagt worden: "Ehe ihr befreit werdet, legen wir Euch alle um". Einzelaktionen mussten verhindert werden. Eine gespannte Ruhe legt sich über das Lager. Die gefasste, selbstsichere Haltung des politischen Häftlings, der weiss, dass er für Menschlichkeit und Rechtlichkeit leidet und von Verbrochern bewacht wird, machte die Vp unsicher und unruhig.

Inzwischen war der Ausnahmezustand verhängt. Wir konnten sehen und hören, wie die Russen die Bevölkerung mit Schüssen aus Karabinern und Maschinenpistolen in die Häuser trieb. Ein mehrfacher Ring sowjetischen Militärs zernierte die Anstalt. Maschinengewehrnest

12. Juni 1954

wurden ausgehoben. Panzer fahren auf.

Die Wachtmeister wurden in vorher nicht bekannter Weise zugänglich. Ein gutes Zeichen. Sie wollten sich rückversichern. Sie hätten doch die Gefangenen immer gut behandelt. Sie hätten doch nicht geschlagen.

Schüsse fielen in der Stadt. Es hiess, eine Gruppe von Oberschülern hätte uns befreien wollen, wäre verhaftet. Das Görlitzer Gefängnis sei gewaltsam geöffnet. In den grossen Städten sei die Gewalt in den Händen der Streikenden. Die KVP kämpfe gegen die sowjetische Besatzungsmacht. Tagelang warteten die Kameraden an den Gittern der Säle und Zellen, um Anzeichen einer kommenden Befreiung zu erspähen. Sie sahen nur die Einlieferung neuer Leidensgenossen in Zivil und in VP-Uniformen ohne Rangabzeichen, von Arbeitern und Jugendlichen. Sie traten den Passionsweg an, den wir seit Jahren gewohnt waren. Sie wurden ganz besonders hart angefasst, mit Hunger, Misshandlungen und pseudomilitärischem Drill.

#### Sie leiden für die Freiheit des Westens

Die sich bald wieder verschärfende und triumphierende Haltung der Wachtmeister liess keinen Zweifel aufkommen: Die Machthaber der "DDR" hatten unter dem Schutz der russischen Panzer wieder das Heft in der Hand. Die Enttäuschung war gross. Wieder begann die quälende Eintönigkeit des Zuchthausalltags.

Nun aber doch nicht mehr so hoffnungslos! Mochte manch einer unserer Leidensgenossen vor dem 17. Juni mitunter gezweifelt haben, ob die Sowjetzonenbevölkerung noch hinter uns stand, ob sie uns nicht doch unter dem Einfluss einer verlogenen Propaganda als Verbrecher ansah? Jetzt wussten wir, wir waren eins mit unseren Brüdern der Sowjetzone ausserhalb der Zuchthausmauern. Die Gitter und Mauern waren jetzt leichter zu ertragen. Noch selbstbewusster konnten wir auf die bezahlten Schergen der Besatzungsmacht herabsehen. Der 17. Juni war für uns ein Panal, das unsere Widerstandskraft stärkte und uns zeigte, dass Recht und Menschlichkeit nicht unbegrenzt mit Füßen getreten werden können.

Aber auch für den Westen, dem die Vorteile eines Lebens in Freiheit nun schon seit Jahren zur Selbstverständlichkeit geworden sind, sollte der 17. Juni 1953 mit aller Dringlichkeit zeigen, dass Tausende von Widerstandskämpfern, die hinter sowjetzonalen Zuchthausmauern sitzen, auch für die Freiheit des Westens leiden. Die achtzehn Millionen in Mitteldeutschland und als deren Exponenten die politischen Häftlinge in den Zuchthäusern bilden mit ihrem Widerstandswillen den Wall, der ein Überschwemen des Westens mit bolschewistischem Terror verhindert. Der Westen muss - nicht nur aus Selbsterhaltungstrieb - mit aller Kraft, die eine gerechte und gute Sache verdient, diesen Wall stützen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau